

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 18

Artikel: Ein Arbeiterbeschluss zur Illustration : die Möglichkeiten der Pressekritik standen in Bulgarien zur Debatte
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Möglichkeiten der Pressekritik standen in Bulgarien zur Debatte

Ein Arbeiterbeschluss zur Illustration

In Sofia hat eine nationale Journalistenkonferenz stattgefunden, auf der sich ein Teilnehmer mit bemerkenswerter Offenheit für vermehrte Freiheit von Berichterstattung und Kritik einsetzte. Aber noch bemerkenswerter waren die Beispiele, die er zur Illustration seiner These anführte, dass sich eine bloss weisungsgemäße Informationspolitik kontraproduktiv auswirke.

Am 15. April 1974 fand in Sofia eine Konferenz des Bulgarischen Journalistenverbandes statt, bei der es unter anderem um die Frage der Kritik in den öffentlichen Medien ging. Die Monatszeitschrift «Bulgarski Schurnalist» hat in ihrer Juni-Nummer einige Reden veröffentlicht, die an jener Tagung gehalten wurden, nachdem die bulgarische Presse zuvor vom Anlass kaum Notiz genommen hatte. Es stellt sich jedenfalls heraus, dass es teilweise zu Kontroversen gekommen ist, die erhebliche Einblicke in das Wesen der gelenkten Meinungsbildung gestatten.

Von den drei Themenkreisen der Konferenz, nämlich Kaderfragen, Kritik in der Presse und künftige Aufgaben, beansprucht der zweite natürlich vorrangiges Interesse. Der offizielle Bericht widmete sich in einer quantitativen Betrachtung dem erfreulichen Ausmass an erwünschter und nützlicher Kritik. K. Wasiliew, Vizepräsident des Verbandes und Vorsitzender der Pressekommission, sprach darin von der «besonderen Aufmerksamkeit», die man der Kritik in der Presse schenke. Die Pressekommission fertigte laufend Analysen an, die sie periodisch dem Ministerrat zur Einsichtnahme unterbreite. Im Verlaufe der beiden letzten Jahre sei ein deutlicher Anstieg an kritischen Stellungnahmen zu verzeichnen gewesen, welche Mängel bei den Organen von Staat, Wirtschaft und Genossenschaften gerügt hätten. (Die Organe der Partei sind da nicht erwähnt.) Habe man 1972 noch 8500 solcher Beispiele gezählt, so seien es 1973 bereits 9500 gewesen.

Freilich war es nicht diese hübsche statistische Auswertung, die den kontroversen Charakter der Debatte ausmachte. Aber die Rede von Kosta Andrejew, Chefredaktor der Gewerkschaftszeitung «Trud», berührte qualitative Aspekte des Themas. Er sprach sich für vermehrte Freiheit zur Kritik aus, allerdings nicht etwa unter Bezug auf Meinungsfreiheit oder dergleichen. Vielmehr legte er das, dass die Unterdrückung der Kritik wirtschaftlich negative Folgen habe und sich auch sonst immer wieder als kontraproduktiv erweise. Immerhin stellten seine Ausführungen einen implizierten Angriff auf die Handhabung der Zensur an, und darüber hinaus sind seine Beispiele geeignet, das Verhältnis von Schein und Wirklichkeit ziemlich exemplarisch zu beleuchten.

Andrejew setzte sich für eine «philosophische» Interpretation des Begriffs der Kritik ein. Man müsse einsehen, dass die Kritik «eine Beweg-

kraft der sozialen Entwicklung» sei, «ein notwendiger Regulator der gesellschaftlichen Widersprüche und ein Ausdruck der Verbreiterung sozialistischer Demokratie». Das sollte, fügte er bei, der selbstverständliche Ausgangspunkt für jede Publikation sein, welche die Parteipolitik verwirkliche. Nur habe sich die Praxis nicht immer als vereinbar mit diesen Grundsätzen erwiesen.

Aber weil niemand solchen beliebig brauchbaren Definitionen widerspricht, kommt es auf die Anwendung an, und Andrejew illustrierte denn auch seine Thesen. Zum Beispiel:

«Das Problem von Erholung und Tourismus geht die ganze Nation an. Bevor man Beschlüsse fasste, hätte man es in der Presse diskutieren sollen, um die Unzufriedenheit zu vermeiden, zu der es nicht ohne Grund in bestimmten Arbeiterkollektiven gekommen ist. Hat dies nicht ein ideologisches Vakuum geschaffen, das durch verschiedenerelei Gerede aufgefüllt worden ist, nur weil wir über diese Angelegenheiten nichts geschrieben hatten?»

Das bezieht sich auf ein Dekret, mit dem man diversen Organisationen ihre eigenen Ferieneinrichtungen zwecks Zentralisierung weggenommen hatte. Regierung und Gewerkschaftsbund mussten es bereits nach einem Jahr wieder rückgängig machen, nachdem die Unzufriedenheit unter den betroffenen Kollektiven offenbar manifest geworden war. Es wäre in der Tat eine «Verbreiterung der sozialistischen Demokratie», wenn man dem Volk wenigstens sagen würde, was man in seinem Namen zu tun gedenkt. Aber solche Stellen sind geeignet, den proklamierten und im Ausland so oft geglaubten Konsens zwischen Regime und Bevölkerung zu widerlegen.

Aber noch viel entlarvender in dieser Hinsicht ist ein anderes Beispiel, das Andrejew vorbrachte.

Dabei geht es um einen «Kodex der hohen sozialistischen Disziplin», den die Partei überall propagieren liess. Er sieht unter anderem als Beweis für die solidarische Haftung der Arbeiter vor, dass alle Mitglieder einer Arbeiterbrigade ihrer Prämien verlustig gehen, falls ein Mitglied die Arbeitsdisziplin nicht einhält. Und diese Verpflichtung ist letztes Jahr von sieben Arbeiterbrigaden der Wassil Kolarow-Werke in Sofia angenommen worden. Nun wies Andrejew darauf hin, dass sich dieser Kodex als äusserst unproduktiv erwiesen habe. Es kommt zu harten Abrechnungen unter den betroffenen Arbeitern,

oder sie versuchen mit allen Mitteln, einen Bruch der Arbeitsdisziplin zu vertuschen, um ihre Prämien zu retten. Das System reduziert laut Andrejew die Arbeitsproduktivität und «untergräbt den Verfassungsgrundsatz, dass niemand für die Taten eines andern bestraft werden kann».

Für Andrejew ist es klar, dass der fragliche Kodex von der Presse nicht einfach nur hätte propagiert werden müssen, sondern auch frei diskutiert und kritisiert. So hätte man sich den wirtschaftlichen Rückschlag (und nebenbei die Verfassungswidrigkeit) ersparen können, der dadurch entsteht, dass die Arbeiter einer ihnen verhassten Regelung jeden möglichen Widerstand leisten.

Mittelbar oder nicht gar so mittelbar wird dadurch freilich auch die unausgesprochene Frage aufgeworfen, wieso denn sieben Arbeiterbrigaden dazu gekommen sind, die Annahme dieser Sache zu beschliessen, die ihnen offensichtlich so verhasst ist, dass sie sie dauernd obstruieren. Offenbar ist dieser Punkt bei der Tagung in Sofia nicht einmal aufgefallen. Denn dort weiss selbstverständlich jedermann, dass die «Beschlüsse» von Arbeiterkollektiven keineswegs ihrer eigenen Initiative oder ihrem eigenen Willen entsprechen, sondern weisungsgemäss erfolgen. So ging die immerhin anerkennenswerte Kontroverse lediglich darum, ob man durch eine öffentliche Diskussion der neuen Selbstverpflichtung nicht auf die wirtschaftlichen Nachteile einer unpopulären Massnahme wie dieser gekommen wäre. Man vergisst völlig, auch nur dergleichen zu tun, als ob die Demokratie am Arbeitsplatz existiere, jene «Beteiligung», die offiziell institutionalisiert ist (siehe dazu auch die heutige Fortsetzung der Untersuchung von Laszlo Revesz, S. 8). Aber hierzu wäre nicht die Unterdrückung, sondern die Freiheit der Kritik kontraproduktiv. Kontraproduktiv für ein System, das sich die Aufgabe seiner Existenzzüge nicht leisten kann, ohne sich selbst aufzugeben.

cb



Fröhliche Arbeitergesichter auf dem Bild des Verlags «Nauki i Iskustvo», Sofia. Aber in sieben Arbeiterbrigaden von Sofia waren die Arbeiter äusserst verbittert über ein Reglement, dessen Annahme sie angeblich selber beschlossen hatten.